

**Antrag**

Fraktion der CDU  
Fraktion der SPD  
Fraktion der FDP  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 10.04.2008

**China im Vorfeld der Olympischen Spiele - Demokratie und Menschenrechte nicht mit Füßen treten**

Der Landtag wolle beschließen:

**EntschlieÙung**

Der Landtag hält die Kritik der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments an der chinesischen Regierung hinsichtlich der Verletzung von Menschenrechten in Tibet für gerechtfertigt. Das gewaltsame Vorgehen gegen die friedliche Protestbewegung in Tibet ist scharf zu verurteilen. Damit verstößt China gegen grundlegende und universelle Rechte der UN-Menschenrechtscharta.

Der Landtag unterstützt alle diplomatischen Mittel, die geeignet sind, den gewaltsamen Konflikt so schnell wie möglich zu beenden.

Das geistige Oberhaupt der Tibeter, der Dalai Lama, hat sich stets zum Prinzip des gewaltlosen Widerstands bekannt. Das unterscheidet den Freiheitskampf der Tibeter von dem anderer Völker. Die chinesische Regierung ist aufgefordert, zur Lösung der Konflikte mit dem Dalai Lama in ernsthafte Verhandlungen einzutreten.

Bei der Vergabe der Olympischen Spiele an China hatte es von chinesischer Seite das Versprechen gegeben, die Menschenrechtssituation im Vorfeld der Spiele deutlich zu verbessern. Spürbare Verbesserungen sind bislang jedoch nicht erkennbar. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist nach wie vor sehr stark eingeschränkt. Viele ethnische und religiöse Minderheiten leiden unter Diskriminierung und Verfolgung. Der Menschenrechtler Hu Jia wurde unlängst zu einer dreieinhalb-jährigen Haftstrafe verurteilt. Das System der Arbeits- und Umerziehungslager mit hunderttausenden von Inhaftierten besteht weiterhin. Jährlich kommt es in vielen tausend Fällen zur Anwendung der Todesstrafe. Diese Menschenrechtsverletzungen stehen in eklatantem Widerspruch zum Geist von Olympia.

Der Landtag erwartet die sofortige Freilassung des zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilten Bürgerrechtlers Hu Jia. Die Verurteilung widerspricht den Zusagen der chinesischen Regierung, die Menschenrechtssituation im Land vor den Olympischen Spielen zu verbessern und die Meinungsfreiheit zu respektieren.

Solange dies nicht erreicht ist, bittet der Landtag die Landesregierung,

- bei offiziellen Anlässen mit den chinesischen Partnern aus Niedersachsens Partnerregion Anhui den Dialog über die Menschenrechte fortzusetzen und die besondere Problematik gegenüber den chinesischen Partnern zur Sprache zu bringen,
- die seit 1984 bestehende Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Anhui fortzusetzen und im Rahmen der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit des Landes mit der Partnerprovinz Anhui einen Beitrag zur nachhaltigen positiven Entwicklung in China zu leisten. Als Folge erfolgreicher Globalisierungsprozesse wird die freie Entwicklung der chinesischen Unternehmen gestärkt, entstehen hoch qualifizierte Arbeitsplätze, steigt der gesellschaftliche Wohlstand und finden immer mehr chinesische Bürger Zugang zu höherer Bildung. Diese Entwicklung in der Volksrepublik China führt unweigerlich zu einer Schärfung des Bewusstseins der Gesellschaft und infolgedessen auch zu kritischen Fragen des Regierungshandelns. Vor diesem Hinter-

grund kann gerade der 2002 vereinbarte Austausch von Studierenden und Lehrkräften einen sinnvollen Beitrag leisten.

Der Landtag begrüßt, dass eine Teilnahme von Repräsentanten des Landes an der Eröffnungsfeier nicht vorgesehen war und ist.

Der Landtag bekräftigt gleichzeitig, die Partnerschaften mit dem Ständigen Ausschuss des Volkskongresses der Provinzen Anhui und Jilin fortzusetzen mit dem Ziel, Fragen der Menschenrechte in angemessener Form zu thematisieren.

#### Begründung

Die Frage von Menschenrechtsverletzungen liegt im internationalen Bereich im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung bzw. der EU-Kommission. Gleichwohl betrachtet der Landtag die aktuelle Entwicklung in Tibet mit großer Sorge.

Öffentliche Boykottandrohungen und -aufrufe erscheinen zum gegenwärtigen Zeitpunkt gleichwohl wenig zielführend. Ein Boykott der Olympischen Spiele würde auch niedersächsische Sportlerinnen und Sportler treffen und kann nur als letztes Mittel angesehen werden. Vielmehr gilt es, auf die erhöhte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und die kritische Berichterstattung tausender Journalisten im Umfeld der Spiele zu vertrauen. Dabei haben die chinesischen Behörden sicherzustellen, dass während der gesamten Zeit der Olympischen Spiele eine ungehinderte und objektive Berichterstattung von allen Orten auch abseits der Sportstätten gewährleistet ist. Das schließt die Möglichkeit ein, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Olympiade ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen können, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der SPD

Wolfgang Jüttner  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Dr. Philipp Rösler  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stefan Wenzel  
Fraktionsvorsitzender